

Verantwortung übernehmen – Leistung ermöglichen – Zukunft sichern

Positionspapier zur Bildungspolitik
anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung von
Landesverband und Bürgerschaftsfraktion der CDU Bremen

beschlossen in Berlin, am 24. Januar 2026

Trotz eines bestehenden, parteiübergreifend getragenen Bildungskonsenses ist es dem Bremer Senat bislang nicht gelungen, die hiesige Bildungspolitik nachhaltig zu stabilisieren und zukunftsfest aufzustellen. Vielmehr verfestigen sich strukturelle Defizite, die sich insbesondere in alarmierenden Bildungskennzahlen widerspiegeln: Bremen belegt seit Jahren regelmäßig den letzten Platz in bundesweiten Leistungsvergleichen (IQB-Bildungstrend), der Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss ist weiterhin inakzeptabel hoch und der Bildungserfolg hängt in keinem anderen Bundesland so stark vom sozialen Hintergrund ab wie hier. Diese Ausgangslage ist weder hinnehmbar noch zukunftsfähig.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Bildung als zentraler Standort- und Zukunftsfaktor für Bremen eine herausragende Bedeutung. Angesichts gravierender sozialer Indikatoren sowie des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung stehen sowohl Bremerhaven als auch Bremen vor der zwingenden Aufgabe, Verlässlichkeit, Qualität und echte Bildungsperspektiven für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. Der quantitative und qualitative Ausbau des Ganztags sowie ein wirksamer Umgang mit sozialer Benachteiligung müssen daher zu leitenden

24 Grundprinzipien der künftigen Bildungspolitik werden und verbindlich im nächsten
25 Bildungskonsens verankert sein.

26 Unser gemeinsames Ziel als CDU-Landesverband und als CDU-Fraktion in der Bre-
27 mischen Bürgerschaft ist es, Bildungsgerechtigkeit substantiell zu verwirklichen und
28 *jedem* Kind – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Elternhaus – faire Chancen
29 auf erfolgreiche Bildungsbiografien zu eröffnen. Ein solcher Kurswechsel kann nur
30 im Rahmen eines gemeinsamen, überparteilichen Kraftaktes gelingen, der Bildung
31 wieder als gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe begreift und langfristig absichert.

32 Aus dieser Analyse leiten sich die nachfolgenden bildungspolitischen Schwerpunkte
33 ab, mit denen die CDU Bremen einen verbindlichen Orientierungsrahmen für eine
34 verlässliche, gerechte und leistungsfähige Bildungspolitik formuliert.

35 **1. Schulbau- und Personalsteuerung: Strategische Daseinsvorsorge für eine** 36 **leistungsfähige Bildung**

- 37 • Die Schulinfrastruktur in Bremen befindet sich in einem Zustand, der inzwi-
38 schen nicht mehr nur qualitative Defizite offenbart, sondern die Funktionsfä-
39 higkeit des Schulwesens insgesamt gefährdet. Der schulische Kapazitätsaus-
40 bau ist zu einer Frage der elementaren Daseinsvorsorge geworden. Es droht
41 in den kommenden Jahren ein reales Szenario, in dem sich staatliches Han-
42 deln auf die bloße Aufrechterhaltung des Rechtsanspruchs auf einen Schul-
43 platz beschränkt. Die CDU Bremen begreift die Sanierung maroder Schulge-
44 bäude und den beschleunigten Neubau von Schulen daher als zwingende Zu-
45 kunftsinvestition. Moderne, sichere und ausreichend dimensionierte Schulge-
46 bäude sind keine freiwillige Leistung, sondern Grundvoraussetzung für die Er-
47 füllung des staatlichen Bildungsauftrags. Entsprechend müssen erhebliche
48 Mittel mobilisiert und vor allem effizient eingesetzt werden, um den massiven
49 Sanierungs- und Neubaubedarf zügig abzubauen.
- 50 • Platzmangel beseitigen – Rechtsanspruch sichern: Der akute Raum- und
51 Platzmangel an Bremer Schulen, insbesondere in der Sekundarstufe I

(Klassen 5–10), hat ein Ausmaß erreicht, das den verlässlichen Schulbetrieb zunehmend infrage stellt. Steigende Schülerzahlen treffen auf unzureichende Kapazitäten. Jedes Kind hat jedoch einen Anspruch auf einen vollwertigen Schulplatz in angemessenen räumlichen Bedingungen. Anstelle fortgesetzter Notlösungen bedarf es einer vorausschauenden, realistischen Schulentwicklungsplanung mit dem klaren Ziel, zusätzliche Schulplätze schnell und dauerhaft zu schaffen. Schulbaupolitik darf sich nicht länger im Reagieren erschöpfen, sondern muss antizipierend und verbindlich erfolgen.

- Schluss mit Provisorien – wirtschaftlich wie pädagogisch: Container-Klassenzimmer und andere Behelfsbauten dürfen kein struktureller Bestandteil der Bremer Schullandschaft werden. Derzeit werden an über 60 Schulstandorten in der Stadtgemeinde Bremen dauerhaft Containeranlagen als Klassenräume genutzt, davon 46 zur Miete – mit monatlichen Mietkosten von über 1,1 Millionen Euro allein. Pausenhöfe werden zu Containerdörfern umfunktioniert. Diese Praxis ist Ausdruck jahrelangen Planungsversagens, bindet erhebliche Haushaltsmittel und verschlechtert zugleich die Lernbedingungen. Temporäre Lösungen gehören ausschließlich in echte Ausnahmesituationen und nicht in den schulischen Normalbetrieb. Zur Sicherstellung eines verlässlichen Unterrichtsangebots an Schulen mit struktureller Unterversorgung sind – wo erforderlich – auch Abordnungen von Lehrkräften ein notwendiges Instrument, das wir im Sinne der Bildungsgerechtigkeit verantwortungsvoll nutzen.
- Tempo, Verantwortung und neue Instrumente im Schulbau: Die CDU Bremen fordert einen grundlegenden Kurswechsel von kurzfristigem Krisenmanagement hin zu frühzeitiger Bedarfsprognose und beschleunigter Umsetzung von Schulbauvorhaben. Dazu gehört auch eine ehrliche Bestandsaufnahme in Bezug auf die Umsetzungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Angesichts der Vielzahl parallel anstehender Bauprojekte ist es sachgerecht und zwingend notwendig, offen für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP/PPP) zu sein, um zusätzliche Kapazitäten, Planungssicherheit und Umsetzungsgeschwindigkeit zu gewinnen. Zugleich muss die bestehende Schulbaugesellschaft ihrer

besonderen Verantwortung gerecht werden: Sie ist verbindlich in die Pflicht zu nehmen, Verfahren zu straffen, Prioritäten klar zu setzen und bei Planung wie Realisierung deutlich an Tempo zuzulegen. Jede vermiedene Interimslösung ist ein Gewinn für die Unterrichtsqualität, die Fachraumversorgung und das Vertrauen der Eltern in eine verlässliche Bildungsplanung.

•

2. Basiskompetenzen in den Mittelpunkt stellen

- Konzentration auf Lesen, Schreiben, Rechnen: Die Vermittlung solider Basiskompetenzen muss wieder oberste Priorität in allen Schulen in Bremerhaven und Bremen haben. Wir brauchen einen klaren Fokus auf die Kernfächer Deutsch und Mathematik sowie auf Leseförderung – hier entscheidet sich der Bildungserfolg der Kinder. Unterricht und Lehrpläne sind darauf auszurichten, dass alle Schüler am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können.
- Gezielte Fördermaßnahmen: Schwächen der Schülerinnen und Schüler in den Grundfertigkeiten sind frühzeitig zu erkennen und systematisch anzugehen. Die CDU Bremen fordert beispielsweise die Einführung einer zusätzlichen Deutschstunde in der Grundschule zur Stärkung der Sprachkompetenz. Ergänzend sollen Förderprogramme (Nachhilfe, *Lesepaten*, Mathematikwerkstätten etc.) ausgebaut werden, um Defizite in Deutsch und Mathematik rechtzeitig aufzuholen. Kein Kind darf wegen anfänglicher Schwierigkeiten dauerhaft abgehängt werden. Die fünfjährige Verweildauer in der Grundschule ist bei erkanntem Bedarf voll auszuschöpfen.
- Kein Schüler ohne Abschluss: Es muss das Ziel aller Anstrengungen sein, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt. Für leistungsschwächere Schüler sind spezielle Unterstützungsangebote (z. B. Förderklassen, Sommercamps zur Lernaufholung) bereitzustellen. Der Grundsatz lautet: Aufstieg durch Bildung – jeder soll zumindest einen ersten allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen können.

3. Frühkindliche Sprachförderung ausbauen

- Frühe Sprachstand-Tests: Sprache ist der Schlüssel zum Lernen. Daher plädiert die CDU für verbindliche Sprachtests im Vorschulalter – spätestens ab dem 4. Lebensjahr. Diese Sprachstandsfeststellungen der Kita-Kinder und Nicht-Kita-Kinder sollen flächendeckend eingeführt werden, um Förderbedarfe früh zu erkennen. So können Kinder mit Sprachdefiziten rechtzeitig gefördert werden, bevor sie in die Schule kommen.
- Intensive Förderung in Kitas: Kindertagesstätten sind die ersten Bildungsinstitutionen. Sie müssen personell und konzeptionell so ausgestattet sein, dass sie eine *deutlich stärkere frühkindliche Förderung* leisten können. Wir fordern mehr Sprachförderkräfte in den Kitas und einen Fokus auf alltagsintegrierte Sprachbildung. Besonders in sozial herausgeforderten Quartieren braucht es kleinere Gruppengrößen und gezielte Programme, damit alle Kinder mit ausreichend Deutschkenntnissen in die Schule starten.
- Basiskompetenzjahr vor der Einschulung: Für Kinder, die bei der Einschulung noch nicht schulreif sind oder erhebliche Sprach-/Entwicklungsrückstände haben, fordern wir die Einführung eines „Basiskompetenzjahres“. Angelehnt an das erfolgreiche Hamburger Vorschulmodell, sollen hier spielerisch und intensiv die notwendigen Fähigkeiten vermittelt werden (Sprache, Motorik, soziales Verhalten). Kein Kind soll eingeschult werden, ohne die nötigen Grundlagen mitzubringen; notfalls erhält es ein Jahr extra Zeit und Förderung, um den Anschluss zu schaffen.
- Eltern mit ins Boot holen: Frühkindliche Förderung gelingt am besten im Dreiklang von Kita, Kind und Elternhaus. Wir setzen auf Programme zur Elternbildung in Bezug auf Sprachentwicklung (z.B. Vorlese-Initiativen, Elternberatung in Kitas). Eltern – insbesondere in Familien mit geringen Deutschkenntnissen – sollen angeleitet werden, wie sie ihre Kinder zu Hause spielerisch sprachlich fördern können. Frühzeitige Sensibilisierung und niedrigschwellige Angebote (Eltern-Kind-Gruppen, Bücherboxen etc.) stärken die Sprachkompetenz der Kinder langfristig.

- Wir wollen eine verbindliche Elternarbeit beim Basiskompetenzjahr: Dazu gehört die Durchführung mehrsprachiger Elterninformationskampagnen und begleitender Elternberatungen zum insbesondere auch im Hinblick auf die Erhöhung der Bereitschaft der datenschutzkonformen Verwendungen bzw. Weitergabe von Sprachstandserhebungen durch Erzieherinnen und Erziehern sowie Sprachassistenzen in den Kindertageseinrichtungen.
- Verbindliche Kooperationen von Kindergarten und Grundschule: Wir wollen die Verbundarbeit zwischen Kindergarten und Schule nach dem Vorbild Bremerhavens stärken.

4. Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I verbessern

- Besseres Übergangsmanagement: Der Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5 entscheidet oft über den weiteren Bildungsweg. Umso wichtiger ist eine intensive Beratung und Vorbereitung der Eltern und Kinder im letzten Grundschuljahr. Wir fordern eine verbindliche Schullaufbahnempfehlung in Bezug auf die passende weiterführende Schule. Als empirische Beurteilungsgrundlage könnte hierfür z. B. eine wiederholte VERA-3-Testung (am Ende von Klasse 3 und 4) dienen.
- Kooperation Grundschule – Weiterführende Schule: Grundschulen und Sek-I-Schulen (Oberschulen und Gymnasien) sollen enger zusammenarbeiten, um den Übergang fließender zu gestalten. Dazu gehören gegenseitige Hospitationen von Lehrkräften, der Austausch von Leistungsprofilen der Viertklässler und gemeinsame pädagogische Konzepte für die Einstiegsphase in Klasse 5. Wenn Grundschullehrer ihr Wissen über Stärken und Schwächen der Kinder an die neuen Lehrer weitergeben, kann die weiterführende Schule passgenauer fördern – z. B. durch Anfangsklassen auf unterschiedlichem Niveau oder zusätzliche Übungen in den Kernfächern.
- Auffang- und Förderprogramme in Klasse 5/6: Die ersten beiden Jahre der Sekundarstufe I sind *Orientierungsstufen*, in denen die Weichen gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, in Klasse 5 und 6 verstärkt Fördermaßnahmen

anzubieten. Dazu zählen etwa zusätzliche Unterrichtsstunden in Deutsch/Mathe für Schüler mit Förderbedarf, Teams aus Schulsozialarbeitern und Sonderpädagogen zur Begleitung des Übergangs sowie ggf. Starterklassen oder Sommercamps für spätzugewanderte Kinder ohne Deutschkenntnisse. Kein Kind soll beim Übergang verloren gehen – die weiterführende Schule muss alle Schüler dort abholen, wo sie stehen.

5. Qualitätssicherung durch Evaluation und Konsequenzen

- Regelmäßige Lernstandserhebungen: Eine systematische Qualitätssicherung und -entwicklung erfordert messbare Daten. Bremen hat mit LALE (Lernausgangslagen-Erhebung) bereits ein Instrument nach Hamburger Vorbild – dies wollen wir auf alle Schulen ausweiten. Künftig sollen an allen Oberschulen und Gymnasien verbindliche standardisierte Tests in zentralen Jahrgangsstufen (Klasse 5, 7 und 9) durchgeführt werden. Diese Vergleichstests (vordringlich in Deutsch und Mathematik) liefern objektive Erkenntnisse über den Lernstand der Schüler und ermöglichen es, Schwachstellen gezielt zu identifizieren.
- Transparenz und Feedback-Kultur: Die Ergebnisse solcher Tests und weiterer Prüfungen müssen systematisch ausgewertet und den Schulen rückgemeldet werden. Eine offene Feedback-Kultur ist entscheidend: Schulen sollen erkennen, welche Unterrichtsansätze erfolgreich sind und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Best-Practice-Beispiele – etwa Schulen, die trotz schwieriger Ausgangslagen gute Fortschritte erzielen – müssen sichtbar gemacht und zum Vorbild für andere werden. Gleichzeitig sollen die Resultate nach Schulen (unter Berücksichtigung des Sozialindex) transparent gemacht werden, um einen leistungsfreundlichen Wettbewerb zu fördern und Eltern eine informierte Schulwahl zu ermöglichen.
- Konsequenzen bei Mängeln: Qualitätssicherung heißt auch, aus den Befunden tatsächliche Konsequenzen zu ziehen. Wenn an einer Schule die Ergebnisse trotz Unterstützung *dauerhaft unzureichend* sind, so darf das nicht folgenlos bleiben. Die Schulträger müssen in solchen Fällen verstärkt eingreifen

– zum Beispiel durch zusätzliche Fortbildungen für das Kollegium, externe Beratungs-Teams für Schulentwicklung oder notfalls personelle Änderungen in Schulleitung und Verwaltung. Unser Anspruch: Kein Wegschauen bei Bildungsproblemen; externe Evaluation schafft Transparenz. Kinder sollen nicht jahrelang unter schlechten Verhältnissen leiden müssen, ohne dass gegen- gesteuert wird.

- Kontinuierliche Verbesserung: Die CDU Bremen will eine Kultur der kontinuierlichen Evaluation etablieren. Dazu gehören neben Leistungstests auch regelmäßige Befragungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften zur Schulqualität. Ihre Zufriedenheit und Rückmeldungen geben wichtige Hinweise, wo Schulentwicklung ansetzen muss. Schulen, die sich verbessern, sollen anerkannt und gefördert werden; Schulen, die stagnieren, erhalten gezielte Hilfen. Letztlich geht es darum, ein hohes Qualitätsniveau an *allen* Schulen in Bremerhaven und Bremen zu sichern – verlässlich überprüft und mit klarer Verantwortlichkeit.

6. Ganztagsangebote ausbauen und verlässlich gestalten

- Rechtsanspruch 2026 umsetzen: Ab 2026/27 hat jedes Kind, das eingeschult wird, bundesweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Bremen muss jetzt handeln, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Das bedeutet: rascher Ausbau der Ganztagsplätze an Grundschulen, Schaffung zusätzlicher Räume und Einstellung von genügend Fachpersonal. Der Grundstein dafür muss *sofort* gelegt werden, damit kein Kind ab 2026 mangels Platz seinen Rechtsanspruch einklagen muss.
- Qualität statt bloßer Betreuung: Ganztagsschule ist mehr als Aufbewahrung. Wir wollen Ganztagsangebote, die pädagogisch wertvoll und inhaltlich reichhaltig sind. Das heißt: Am Nachmittag soll es Förderangebote (z. B. Hausaufgabenbetreuung, Lernförderung) und vielfältige Freizeitmöglichkeiten geben. Die Kooperation mit dem Sozialraum ist dabei entscheidend: Schulen sollen eng mit Sportvereinen, Musikschulen, Jugendzentren, der Jugendhilfe und Kulturinstitutionen zusammenarbeiten, um den Kindern ein breites Angebot

zu machen – von Sport über Kunst bis Naturwissenschaft AGs. Die Schulen werden somit in Zukunft zu vitalen *Quartiersknotenpunkten*. Erst hierdurch wird der Ganzttag zu einem Gewinn für die persönliche Entwicklung der Kinder und für mehr Bildungsgerechtigkeit.

- Verlässlichkeit garantieren: Ganztagsangebote müssen planbar und zuverlässig sein – für Eltern wie für Kinder. Wir fordern verbindliche Standards für den Ganzttag, etwa ein Minimum an täglicher Betreuungszeit und eine garantiert pädagogische Betreuung an fünf Tagen die Woche. *Ausfälle* im Ganzttag (z. B. wegen Personalmangel) dürfen nicht zur Regel werden – Eltern brauchen Verlässlichkeit, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Daher setzen wir uns für stabile Personalschlüssel, Vertretungsreserven und Qualifizierungsmaßnahmen ein, damit ausreichend Erzieher, Sozialpädagogen und Honorarkräfte verfügbar sind.
- Ganzttag als Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit: Richtig umgesetzt, kann der Ganzttag einen Beitrag zu Chancenausgleich und besseren Lernerfolgen leisten. Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien profitieren besonders von guten Ganztagsangeboten – hier erhalten sie zusätzliche Lernzeit, ein warmes Mittagessen, Zugang zu Sport und Kultur und Unterstützung bei schulischen Anforderungen. Die CDU Bremen will den Ganzttag deshalb vor allem in Brennpunkt-Stadtteilen priorisieren und dort kostenfrei anbieten, auch wenn das Angebot im Hort stattfindet. Unser Ziel: Alle Grundschulkinder sollen – unabhängig vom Elternhaus – die Möglichkeit haben, an einem qualitativ hochwertigen Ganzttagsschulangebot teilzunehmen.

7. Digitalisierung mit Augenmaß vorantreiben

- Pädagogik vor Technik: Die Digitalisierung der Schulen ist wichtig, aber sie ist kein Selbstzweck. Für uns steht im Vordergrund, dass digitale Medien einen konkreten pädagogischen Mehrwert liefern müssen. Nicht jede neue App oder jedes Gerät macht den Unterricht besser – entscheidend ist, wofür und wie digitale Mittel eingesetzt werden. Wir setzen auf ein Konzept von

259 Digitalisierung mit Augenmaß: erst die Didaktik klären, dann die Technik an-
260 schaffen.

- 261 • Digitale Kompetenzen vermitteln: Digitale Bildung bedeutet nicht nur Geräte
262 zu nutzen, sondern vor allem, Schülern einen kritischen und kompetenten
263 Umgang mit Medien beizubringen. Dafür wollen wir die Lehrkräfte fortbilden
264 (Medienpädagogik in Aus- und Weiterbildung stärken) und praxistaugliche
265 Konzepte entwickeln, wie digitale Werkzeuge den Unterricht bereichern kön-
266 nen. Ob Programmieren im Informatikunterricht der Sek I, Medienkunde oder
267 der Einsatz von Lernsoftware – immer steht die Frage im Mittelpunkt: *Wie*
268 *verbessert es das Lernen?* Die CDU setzt sich für Projekte ein, bei denen di-
269 gitale Methoden gezielt eingesetzt und deren Wirksamkeit evaluiert wird. Un-
270 ser Leitbild ist der „digital mündige“ Schüler: vertraut mit Technik, aber re-
271 flektiert und verantwortungsvoll in der Nutzung.
- 272 • Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen: Wir sehen
273 den Schutz der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern als
274 eigenständige bildungspolitische Verantwortung. Aktuelle internationale De-
275 batten – etwa in Australien – verdeutlichen, dass ein unregulierter Zugang zu
276 Social-Media-Plattformen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen nach-
277 weislich mit erhöhten Risiken für Konzentrationsfähigkeit, Lernleistung,
278 Selbstwertentwicklung und psychische Stabilität einhergeht. Es ist daher er-
279 forderlich, den digitalen Raum nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch
280 und ordnungspolitisch zu gestalten. Schule muss ein Schutzraum bleiben, der
281 altersgerechtes Lernen ermöglicht und Überforderung, Dauerablenkung so-
282 wie digitale Abhängigkeiten begrenzt. Wir setzen uns für klare, altersange-
283 messene und restriktive Regelungen im Umgang mit Social Media im schuli-
284 schen Kontext und darüber hinaus ein. Digitale Bildung bedeutet nicht gren-
285 zenlose Nutzung, sondern die Befähigung zu einem verantwortungsvollen,
286 reflektierten und gesundheitsverträglichen Umgang mit digitalen Medien.
- 287 • Souveräner Umgang mit Künstlicher Intelligenz für Lehrkräfte und Schüler:
288 Künstliche Intelligenz wird zunehmend Teil des schulischen Alltags – von

Lernassistenzsystemen bis hin zu generativen KI-Anwendungen. Wir wollen Schulen in die Lage versetzen, diesen Wandel souverän, reflektiert und verantwortungsvoll zu gestalten. Dafür braucht es klare pädagogische Leitlinien für den Einsatz von KI im Unterricht sowie verbindliche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig lernen, KI-Systeme kompetent zu nutzen, ihre Ergebnisse kritisch einzuordnen und Chancen wie Risiken – etwa in Bezug auf Datenschutz, Urheberrecht und Leistungsbewertung – zu verstehen. Ziel ist es, KI nicht als Abkürzung für Lernen zu begreifen, sondern als Werkzeug, das eigenständiges Denken, Kreativität und Problemlösekompetenz unterstützt. Die CDU setzt sich daher für eine altersgerechte KI-Bildung ein, die Transparenz schafft, Orientierung gibt und den „digital mündigen“ Umgang mit neuen Technologien konsequent stärkt.

8. Schulen in freier Trägerschaft stärken

- Anerkennung als Teil der Bildungslandschaft: Schulen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Bremer Bildungsvielfalt und dürfen nicht länger wie Schulen zweiter Klasse behandelt werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag und sollen als gleichwertige Partner im öffentlichen Bildungssystem gestärkt werden.
- Faire Finanzierung gewährleisten: Die staatliche Finanzierung freier Schulen muss *ehrlich, auskömmlich und verlässlich* ausgestaltet sein. Die Zuschüsse des Landes sind an den tatsächlichen Bedarf anzupassen – weg von der chronischen Unterfinanzierung. Eine zügige Anpassung des Privatschulgesetzes soll sicherstellen, dass die Finanzierungsgrundlagen konkretisiert werden und freie Schulen dauerhaft arbeitsfähig bleiben. Planungssicherheit für Schülerschaft, Eltern und Lehrkräfte hat oberste Priorität. Echte Teilhabe an Bundesprogrammen ist für uns dabei so selbstverständlich wie am Ganztagsausbau.

- Neugründungen ermöglichen: Die CDU Bremen will die Gründung neuer Schulen in freier Trägerschaft erleichtern. Vielfalt wird gefördert durch zusätzliche Schulangebote – auch in konfessioneller oder reformpädagogischer Ausrichtung –, solange sie den Bildungsstandards im Land Bremen entsprechen. Bürokratische Hürden bei Genehmigungen müssen abgebaut werden, damit engagierte Träger neue Schulen (von der Grundschule bis zur Oberstufe) etablieren können. Ziel ist eine faire Wettbewerbsumgebung, in der freie Schulen als Ergänzung zum staatlichen Angebot wachsen können.

9. Bildungskonsens fortentwickeln – Stabilität sichern

- Der Bremer Bildungskonsens hat sich als wirksames Instrument zur Befriedung und Stabilisierung der Bildungspolitik erwiesen. Nach Jahrzehnten wechselnder Reformansätze und parteipolitischer Auseinandersetzungen hat der erstmals 2008 geschlossene Konsens verlässliche Rahmenbedingungen für die strukturelle Entwicklung des bremischen Schulsystems geschaffen und damit Ruhe in die Schullandschaft gebracht. Die Etablierung des zweigliedrigen Systems aus Gymnasium und Oberschule sowie die Sicherung durchgängiger Bildungsabschlüsse haben zu einer höheren Planungs- und Verlässlichkeit für Schulen, Eltern und Lehrkräfte beigetragen.
- Die auf wissenschaftlichen Befunden beruhende Verlängerung des Bildungskonsenses im Jahr 2018 bis 2028 unterstreicht dessen grundsätzliche Tragfähigkeit. Ziel war und ist es, die Leistungsfähigkeit des bremischen Schulsystems zu stärken, soziale Benachteiligungen abzubauen und den Anschluss an nationale wie internationale Kompetenzniveaus wiederherzustellen.
- Vorbehaltlich der Ergebnisse der nun anstehenden wissenschaftlichen Evaluation erklärt die CDU Bremen ihre grundsätzliche Bereitschaft, den Bildungskonsens über das Jahr 2028 hinaus erneut zu verlängern. Eine solche Entscheidung muss sachlich, evidenzbasiert und im Geist überparteilicher Verantwortung erfolgen. Wir rufen daher alle in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien dazu auf, frühzeitig konstruktive Gespräche aufzunehmen

346 und den Bildungskonsens auch künftig als tragende Säule einer verlässlichen
347 und langfristig angelegten Bildungspolitik zu sichern.